



**Newsletter von Diana Golze
zu
bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen**



Liebe Leserinnen und Leser,

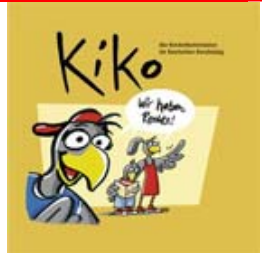
herzlich willkommen zu meinem dritten Newsletter. Ich hoffe, er ist wieder genauso informativ und interessant, wie Sie es von den beiden ersten Ausgaben gewohnt sind. Wieder ist im Wahlkreis und darüber hinaus einiges passiert, über das ich gerne berichten möchte. Ich bin gespannt auf Ihre Rückmeldungen! Und weitergeben ist natürlich auch wieder erlaubt! Übrigens: Viele weitere Infos und Berichte über Aktionen und Ereignisse aus meiner politischen Arbeit finden Sie auch auf meiner Internet-Seite. Schauen Sie doch mal vorbei unter www.diana-golze.de!

**Viel Spaß beim Lesen wünscht
Ihre Diana Golze**

P.S.: Für alle, die es noch nicht wissen: Unser Sohn Alexander ist am 13.04.2008 gesund und munter auf die Welt gekommen! Vielen Dank an dieser Stelle für all die guten Wünsche, die uns erreicht haben!

Linke übernimmt die Kinderkommission

Am 07. Mai übernimmt Diana Golze den Adler der Kinderkommission (KiKo). Das kleine Plüschtier ist das Maskottchen der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder und wird bei jedem Vorsitzwechsel weitergegeben.



Die KiKo gibt es seit 1988. Sie ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das bedeutet, sie ist kleiner als der Ausschuss selbst und hat eine ganz spezielle Aufgabe: die Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche. Für die Kinderkommission gelten andere Regeln als für die Bundestagsausschüsse, was sie zu einem überparteilichen Organ macht. Sie kann nämlich nur dann handeln, wenn alle Mitglieder zustimmen. Das zeigt den besonderen Stellenwert der KiKo und ihrer Arbeit. In der Kommission, der aus jeder Fraktion des Bundestages ein ordentliches Mitglied angehört, wechselt der Vorsitz aller neun Monate in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Und nun ist Die LINKE an der Reihe. Meine **Themenschwerpunkte** sind:

- Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Kindern,
- Kinderarmut und
- Kinder- und Jugendhilfe sowie Kinder- und Jugendsozialarbeit.

In dem Arbeitsplan, der zu Beginn der Vorsitzzeit vorgelegt wird, finden sich Anhörungen und Fachgespräche zu diesen Themen wieder. In den Fachgesprächen will DIE LINKE in ihrer Vorsitzzeit mit den Debatten natürlich auch Akzente setzen. So wird im Mai über die Entwicklung der Jugendhilfelandchaft diskutiert und darüber, welche politischen Entscheidungen es braucht, um diesen wichtigen Bestandteil der Gesellschaft zu sichern – zum Beispiel im Bereich der außerschulischen Bildung.



Matthias Platzeck hat seine Forderung nach Mindestlöhnen bekräftigt. „Es ist nicht akzeptabel, dass es ganze Branchen gibt, in denen keine existenzsichernden Löhne gezahlt werden“, sagte Platzeck am 30. April in Potsdam anlässlich des Tags der Arbeit.

Nun sollten Taten den großen Worten folgen!



**Der Bundestag für Kinder
und Jugendliche**



Leitlinien für Integration

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sie bedeutet „die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben“. Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt und die umfassende Integration ist sowohl Potenzial als auch Herausforderung für die Kommunalpolitik. In Brandenburg an der Havel wurde dazu ein gemeinsamer Antrag aller in der SVV vertretenen Fraktionen am 30.04.2008 beschlossen.

Integrationspolitik soll sich nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit orientieren, sondern an der Lebenslage der Menschen. Es geht darum, Defizite aufzuarbeiten und neue Perspektiven für alle zu eröffnen. Die kommunale Integrationspolitik ist nach einem „Vier-Säulen-Prinzip“ aufgebaut. Es geht hierbei um die sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration sowie die soziale Beratung und Betreuung.

Kabinett kapituliert vor der Kinderarmut

Die Reform des Kinderzuschlags – wie laut Kabinettsbeschluss von Anfang April geplant – ist im Wortsinn ein Armutszeugnis. Die Maßnahmen der Regierung bedeuten keine wirksame Bekämpfung der Kinderarmut, obwohl dies seit fast drei Jahren versprochen wird. Und das Schockierende ist: Die Regierung gibt das in ihrem Gesetzentwurf sogar indirekt zu. Sie beschließt das Gegenteil dessen, was sie den Bürgerinnen und Bürgern versprochen hat.

Weder wird der maximale Kinderzuschlag über die mickrigen 140 Euro hinaus angehoben, wie die Bundeskanzlerin am 28. November 2007 im Bundestag versprochen hatte, noch werden mindestens 500.000 Kinder der über 2,6 Millionen Kinder in Hartz IV aus der Bedürftigkeit geholt, wie die Familienministerin am 13. September 2007 im Bundestag versprochen hatte. Dafür ist der beibehaltene Maximalbetrag mit 140 Euro viel zu gering und erreicht mit den insgesamt geplanten 250.000 Kindern viel zu wenige Familien.

Noch größer ist das Versagen der Bundesregierung bei den alleinerziehenden Familien, die mit keinen spürbaren Verbesserungen rechnen dürfen. Bei der jetzt vorgesehenen Absenkung der Mindesteinkommensgrenze des Kinderzuschlags für Alleinerziehende auf 600 Euro wird eine Überwindung der Hartz IV-Bedürftigkeit nur schwer erzielbar sein, da der Unterhaltsvorschuss angerechnet, aber die Maximalhöhe von 140 Euro nicht angehoben wird.

Willkommen im Wahlkreis 60 !

Raus aus Potsdam – offenbar die Devise brandenburgischer Politiker. Nachdem die Spitzen der SPD die Landeshauptstadt verlassen haben, um außerhalb ihr Glück bei den kommenden Landtagswahlen zu suchen, kehrt nun auch der Frontmann der märkischen Liberalen, Heinz Lanfermann, der Stadt Potsdam politisch den Rücken zu. Er sucht die Herausforderung im Umland und will nun im Wahlkreis 60, dem Wahlkreis, um den sich auch Außenministers Frank-Walter Steinmeier (SPD) bewerben will, antreten.

Nun fragt man sich, warum gerade dieser Wahlkreis, wo doch das FDP-Klientel eher in Potsdam und im direkten Berliner Umland zu vermuten ist? Herr Lanfermann und die Seinen versprechen sich von diesem Schachzug mehr politische Aufmerksamkeit. Ich freue mich über jeden erfahrenen Politiker in diesem Wahlkreis, der nicht nur mal vorbeischaut, sondern versucht, die vorhandenen Probleme zu lösen. Von Jüterbog über Brandenburg an der Havel bis nach Rathenow haben wir jede Menge sozialer Probleme: Schulschließungen und Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus. Es gibt also viel zu tun, jeder kompetente Politiker ist da gefragt – und vielleicht interessiert sich ja bei den Steinmeier'schen Presseumzügen im Wahlkreis auch mal ein Reporter für Herrn Lanfermann. In diesem Sinne, ein herzliches Willkommen von Links!

Wider den Privatisierungswahn !

Der Bund ist fleißig am veräußern. Auf die Privatisierung der Deutschen Telekom folgte die der Deutschen Post. Und nun soll die Bahn verkauft werden. Täglich erleben wir, dass aus der Politik neue Vorstöße kommen. Doch viele Bürger, vor allem die, die in den ländlichen Räumen leben, beobachten dieses Ansinnen skeptisch. Denn sie wissen wohl, was sie erwartet. Die Post ist nun zwar weltweit aktiv, macht sich in Deutschland aber rar. Nicht nur in der Fläche, auch in den Städten. Gab es einst kaum ein Dorf, in dem man nicht einen Brief aufgeben konnte, so sucht man jetzt vielerorts die gelben Kästen vergebens. Und das Sterben der Postfilialen geht weiter.

Ähnliches gilt für die Telekom – sie baut nicht ab, sondern erst gar nicht aus. Der Focus liegt im profitablen Ausbau von Breitband-Infrastruktur in den Ballungszentren, die kostenträchtige Versorgung der ländlichen Räume wird vernachlässigt. Menschen werden von den Möglichkeiten des Internet und damit der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe abgeschnitten. Sie bleiben außen vor. Und nun auch noch die Bahn. Bei einer möglichen Privatisierung stehen Effizienz und Renditevorgabe des Unternehmens im Vordergrund – unrentable Strecken werden stillgelegt, breite Teile der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Mobilität aller ist eine öffentliche Aufgabe, die der Staat im Sinne des Grundgesetzes Art. 72 „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ wahrnehmen muss. Nur er kann Teilhabe aller überall gewährleisten. Privatisierungen sind nicht per se gut oder schlecht – aber Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben!

Zivilcourage gegen Rechts

„Es muss doch endlich jemand etwas gegen die rechtsextremen Auswüchse unternehmen“, so beschrieb eine junge Frau ihre Motivation, um am Ostermontag in Jüterbog Nazi-Aufkleber aus dem Stadtbild zu entfernen. Sehr erfreut hat mich auch das Agieren der Stadt, die nicht nur diese Aktion unterstützte, sondern auch für den Schutz der jungen Menschen sorgte. Jüterbog hat ein deutliches Zeichen für eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern, gesetzt. Dies ist nicht überall in Brandenburg gelebte Realität.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt Politik eine große Verantwortung. Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen. Konsequenter als bislang müssen Ideen und Geld in öffentliche Programme investiert werden.

Aber Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Kultur und Bildung klären über totalitäre Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein. Im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit brauchen wir sowohl eine aktive couragierte Bürgerschaft als auch einen Staat, der unterstützt und fördert!

„Es muss doch endlich jemand anfangen“.



Was bringt uns die neue Kommunalverfassung?

Am Tag der nächsten Kommunalwahl, also am 28. September dieses Jahres, tritt die novellierte brandenburgische Kommunalverfassung in Kraft. Bereits seit dem 1. Januar gelten die neuen Regelungen zur doppelten Haushaltsführung. DIE LINKE hat dieses Gesetz abgelehnt, weil es nicht zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung beiträgt. So wurden z.B. die Rahmenbedingungen für kommunale Wirtschaftstätigkeit nicht, wie von den Kommunen erhofft, verbessert, sondern eher verschlechtert. Mit der von der Koalition gewollten Abschaffung der geheimen Abstimmung und einer Verschärfung der Haftungsregelung soll Druck auf die Kommunalvertreter ausgeübt und letztlich die Stellung der Bürgermeister und Landräte gestärkt werden. Abgelehnt hat die Koalition unseren Antrag zur Beibehaltung der Sozialklausel für den Anschluss- und Benutzungszwang. Zu begrüßen ist das allgemeine Akteneinsichtsrecht für alle Gemeindevertreter, das bisher nur durch die Fraktion wahrgenommen werden konnte und die Eröffnung der Möglichkeit von Bild- und Tonaufzeichnungen in Sitzungen der Gemeindevertretung durch eine Grundsatzregelung in der Geschäftsordnung. Während DIE LINKE die Einführung der Direktwahl der Landräte mit der Kommunalwahl im Herbst forderte, haben sich SPD und CDU auf den faulen Kompromiss geeinigt, die Landräte erst ab 2010 direkt wählen zu lassen. Ebenfalls abgelehnt wurde die Initiative der LINKEN zur Senkung des Wahlalters für die Kommunalwahl auf 16 Jahre und zur Schaffung des Kommunalwahlrechts für Migrantinnen und Migranten.



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Mitglied des Landtages und innenpolitischer Sprecher

Politik der Mitte?

Politiker von CDU und SPD wetteifern um die politische Präsenz in der gesellschaftlichen Mitte. Unter Gerhard Schröder zogen die Sozialdemokraten als „Neue Mitte“ in den Wahlkampf. Schröders Amtsnachfolgerin Angela Merkel ortete die CDU auf dem letzten Bundesparteitag „einige Volkspartei der Mitte“. Bei derart massiven Bekundungen für die Mitte ist es interessant, einmal zu analysieren, was die Mitte-Parteien CDU und SPD in den letzten Jahren tatsächlich für die gesellschaftliche Mitte, also den Mittelstand, erreicht haben. Das Resultat ist ernüchternd: Die Mittelschicht bröckelt in Deutschland massiv. Noch im Jahr 2000 gehörten 62 Prozent der Bevölkerung zur Mittelschicht. Hierzu zählen Ökonomen jene Haushalte, die über 70 bis 150 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügen.

Im Zuge der Schröderschen Agenda 2010, die von der jetzigen schwarz-roten Bundesregierung fortgesetzt wird, nahm die Mittelschicht bis 2006 um 5 Millionen Menschen ab. Wer nicht mehr dazugehört, stieg ab. Diese Zahlen ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Und ebenso aussagekräftig sind die Ergebnisse, die kürzlich das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht hat. Danach ging der wirtschaftliche Aufschwung der Jahre 2005 bis 2007 an den Normalverdienern weitgehend vorbei. Die Reallöhne sind in sogar um 3,5 Prozent gesunken. Die Ökonomen bezeichnen dieses erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik aufgetretene Phänomen als „Wachstum ohne Einkommenszuwachs“.

Freilich trifft dies nur für die Mittelschicht und die Geringverdiener zu. Als „außerordentlich gut“ bewertete die IMK-Studie dagegen die Entwicklung der Einkommen aus Vermögen. So haben die Unternehmererlöse bis zu 25 Prozent zugelegt. Davon profitierte nach Angaben der Forscher aber nur eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe, denn zwei Drittel der Erwachsenen in Deutschland besitzen kein oder nur ein geringes Vermögen. Dem reichsten Zehntel der Bevölkerung gehören rund 60 Prozent des Gesamtvermögens. Angesichts dieser Entwicklung stimmt die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass der Aufschwung inzwischen bei den Menschen angekommen sei, nur mit dem Nachsatz – sofern sie zu den Besserverdienenden zählen.

Seit dem **28. April** läuft in Brandenburg ein Volksbegehren zur Einführung eines Sozialtickets. Ein breites außerparlamentarisches Bündnis unterstützt dies und bittet alle Bürgerinnen und Bürger ihre Unterschrift in ihrem Rathaus zur Einführung des Tickets zu leisten. Auch wenn die Landesregierung versprochen hat, ein solches Ticket bis September einzuführen - noch ist es nicht in trockenen Tüchern! Deshalb braucht die Politik den Druck der Straße.

Helfen Sie mit!



Mehr über mich und meine Arbeit finden Sie unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!

Impressum

Diana Golze (MdB)

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fon: 030 – 227 72 329

Fax: 030 – 227 76 329

E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2

14 712 Rathenow

Fon : 0 33 85 / 49 45 21

Fax : 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter

<http://www.diana-golze.de/kontakt/>

+++ Termine +++

- **15. Mai 2008** – Rosa-Luxemburg-Stiftung, Vortrag und Gespräch zum Thema: Der Kapitalismus heute - zwischen Finanzmarktkrise und Orientierungssuche, Fontane-Klub, Ritterstraße 69, Brandenburg an der Havel.
- **17. Mai 2008** – kommunalpolitischer Tag, Für alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalvertretungen unter 30, Kommunalpolitischer Alltag – Eine Praktische Übung.
- **20. Mai 2008** – Kreisparteitag DIE LINKE. Havelland, Schwerpunkt: Beschluss des Kreiswahlprogramms für die Kommunalwahl, Nauen, Haus der Begegnung.
- **21. Mai 2008** – Übergabe der Mai-Spende in Höhe von 250 € an den Förderverein der Grundschule Rathenow West.

+++ Spruch des Monats +++

Die Sozialdemokratie weiß nicht, ob sie die herrschenden Zustände, die sie mitgestaltet hat, mögen oder bekämpfen soll, weil sie hinter ihren Idealen zurückbleiben.“

Prof. Dr. Franz Walter, FAZ, 07. April 2008